

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 836 890

P/XVI/227 - 9. Oktober 1961

Wir veröffentlichen in der heutigen Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Ein makabres Jubiläum</u> Zwölf Jahre Ulbricht-Staat Von Stephan G. Thomas - Leiter des Ostbüros der SPD	68
3	<u>Sprecher für ganz Deutschland</u> Nach dem New York-Besuch Willy Brandts	36
4 - 5	<u>"Recht bricht Macht"</u> Die Rolle der Bundesrepublik im Selbstbehauptungskampf der Deutschen Von Dr. Erhardt Eckert	63
6 - 7	<u>In staatsbürgerlicher Verantwortung</u> Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Dortmund	72

* * * * *
* * *

Ein makabres Jubiläum

Zwölf Jahre Ulbricht-Staat

Von Stephan G. Thomas - Leiter des Ostbüros der SPD

Eine Rückschau auf die vergangenen 12 Jahre des Ulbricht'schen "Arbeiter- und Bauernstaates" bestätigt eine Erkenntnis, die bei verschiedenen Ereignissen in der Vergangenheit immer wieder aufkam und jetzt bei einer Rückschau zur Gewißheit wird: Dieses Regime wird nicht von Dauer sein, weil es in jeder Beziehung geschichtswidrig ist. Spätere Chronisten werden darauf hinweisen können, daß bereits der strategische Ausgangspunkt Stalins in seiner Deutschlandpolitik falsch und vermessen war, als er erklärte: "Nach diesem Krieg werden wir als Sieger dem besiegten deutschen Volk unser System aufzwingen". Das sowjetische Herrschaftsinstrument zur Durchsetzung dieses imperialistischen Zieles sollte die deutsche KPD werden, unter Führung jenes moskowitzischen Emigrantenkernes um Ulbricht, der die entsetzlichen Säuberungen in Moskau überlebt hat und um den Preis der Selbstaufgabe seiner nationalen Substanz als gefügiger Apparat den sowjetischen Integrationsprozeß in Deutschland durchführen sollte.

Solche Tatsachen, wie die fehlende Massenbasis und die Niederlage Stalins bei der Berliner Blockade 1948/49 ließen zwar bei der sowjetischen Führung Zweifel aufkommen am Wert Ulbrichts und seiner Clique, sie vermochten jedoch nichts an den strategischen Fernzielen der sowjetischen Deutschlandpolitik zu ändern. Der von den Sowjets 1949 etablierte "DDR-Staat" sollte in verstärktem Maße den Sowjetisierungsprozeß vorantreiben, um von der Ebene eines kommunistischen deutschen Staates den Sowjetisierungsprozeß in Gesamtdeutschland möglich zu machen. Die imperialistischen Herrschaftspläne der Sowjets wurden zunächst durch den nationalen Aufstand im Juni 1953 zunichte gemacht. Dieser Urteilsspruch der Geschichte wurde von der Fronde im Politbüro der SED, Herrstadt, Zaissner, Ackermann, zur Grundlage ihrer Abrechnung mit Ulbricht und seiner knechteligen moskowitzischen Politik in Deutschland. Die besten Köpfe unter den deutschen Kommunisten rechneten mit der Lenin-Imitation aus der sächsischen Provinz, Ulbricht, ab. Sie scheiterten aufgrund sowjetischer Machtkämpfe, die drei Monate nach Stalins Tod in ihren Fernwirkungen schicksalsbestimmend auch für die deutsche Marionettenbühne in Mitteldeutschland wurden. Die 1956 - 1958 folgende Fronde der Schirdewan-Gruppe scheiterte letztlich in ihrem Kampf gegen die Ulbricht-Clique an den Moskauer Fehleinschätzungen Deutschlands.

Fünf Jahre später, im Sommer 1958, wird der erneute Versuch unternommen, die Fäden dort anzuknüpfen, wo sie durch den 17. Juni 1953 zerrissen wurden: Den Sowjetisierungsprozeß in Deutschland zu intensivieren und die Zone zu einem integrierten Bestandteil des Sowjetblocks zu machen. Die tragischen Konsequenzen dieser Entscheidung erleben wir in diesen Tagen, in denen mit dem 12-jährigen Jubiläum der Existenz dieses kommunistischen Zwangsstaates gleichzeitig die Evidenz des Bankrotts dieses Systems von neuem sichtbar wird. Der Aufbruch des Volkes in der Zone, die Mauer von Berlin, der Stacheldraht und die Todeszone von der Ostsee bis zum Bayerischen Wald, die Deportationen und die Konzentrationslager: Das ist keine Erfolgsbilanz, sondern das fürchterliche Resultat einer provokatorischen Politik, an deren Ende die nationale Explosion stehen kann.

Dieses makabre Jubiläum von Pankow offenbart jedoch noch einen anderen Aspekt, der eigentlich für die sowjetische Führung der Anlaß sein sollte, den zwangsläufigen Zusammenbruch dieses Terrorregimes zu erkennen: Das, was in Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts versucht wird, wird abgeleitet von einem Machtssystem, das der Russe Lenin zu Beginn dieses Jahrhunderts, also vor 50 Jahren, für den Kampf in zaristischem Rußland konzipiert hatte. Sechs Jahrzehnte später versuchen knechtselige Epigonen, dem deutschen Volk das totalitäre Machtssystem aufzuzwingen, das der Russe Lenin dem analphabetischen agrarischen Rußland zugeeignet hatte. In diesem Versuch steckt der tiefste reaktionärste Kern und gleichzeitig der Keim des zwangsläufigen Zusammenbruchs. Es liegt an uns, an dem gesamten deutschen Volk, der sowjetischen Führung in Moskau klarzumachen, daß der Versuch, Deutschland sowjetisch zu machen, geschichtlich zum Scheitern verurteilt ist, und daß die sowjetische Macht im Interesse einer echten Befriedung unserer Welt erkennen muß, daß das Regime Ulbrichts von der deutschen Bühne verschwinden muß und schließlich verschwinden wird.

Es wäre gut, wenn man in diesen Tagen in Bonn begreifen würde, daß das Urteil der Geschichte am Regime Ulbrichts nur vom deutschen Volk vollstreckt werden kann, und daß das nur sein wird, wenn es in dieser Auseinandersetzung in einer politischen Einheit auftritt. Von der einheitlichen Kraft des gesamten deutschen Volkes ergeben sich die Macht und die Perspektiven zur Überwindung der reaktionären Fremdherrschaft Ulbrichts in Mitteldeutschland.

Sprecher für ganz Deutschland

ler. Als erstem Deutschen wurde Willy Brandt, dem Regierenden von Berlin, der Freiheitspreis der amerikanischen Organisation "Freedom House" verliehen, eine hohe Auszeichnung, mit der die USA den Mann und die von ihm vertretene Stadt ehrten, die heute zum Inbegriff eines kämpferischen und furchtlosen Behauptungs- und Freiheitswillen geworden sind. Der Name Willy Brandt, seine Interviews und seine Ansprache vor der internationalen Presse beherrschten die ersten Seiten der USA-Tageszeitungen.

Es ist jedoch nicht das Äusserliche, das diesem New Yorker Blitzbesuch des Berliner Regierenden seinen Glanz und seine Bedeutung gab. Brandt war der erste deutsche Politiker, der den damals frisch ins Weisse Haus gezogenen Präsidenten Kennedy sprach, er war auch wiederum der erste deutsche Politiker, der nach dem folgenschweren 13. August und nach den Bundestagswahlen Kennedy seine Sorgen, Ansichten und Empfehlungen zur Berlin- und Deutschlandfrage in einem Direktgespräch übermitteln konnte. Wie man hört, ist dem Bonner Auswärtigen Amt ein Stein vom Herzen gefallen, haben doch die Gespräche Brandts mit dem amerikanischen Präsidenten und unzähligen anderen politischen Persönlichkeiten manchen Nebel beseitigt und Befürchtungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis zerstreut. Es hat schon sein Gewicht, wenn ein Mann wie Kennedy, auf dessen Schultern so ungeheure Verantwortung für sein Land und die Welt lastet, sich die Zeit nimmt, die Rede des Regierenden von Berlin zu lesen und als Ergebnis der Lektüre zum Telefonhörer greift, um in unmittelbarem Gedankenaustausch mit dem Redner selbst zu treten.

Was war der Inhalt dieser von Kennedy gewürdigten Rede? In klaren, prägnanten, jede Missdeutung ausschliessenden Sätzen bekundete Brandt seine Zuversicht und sein Vertrauen zu der Berlin- und Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten; er verlangte nichts Unmögliches, sagte aber auch mit dem Freimut, den der Ernst der Stunde verlangt, was nicht geschehen darf, wenn die Festigkeit dieses Vertrauensverhältnisses nicht erschüttert werden soll. Unter Freunden sind Offenheit und Freimut geboten; Brandt, selbst mit schwerem Sorgegepäck beladen, sprach zu Freunden, die nicht minder schwere Last zu tragen haben. Er fand aufmerksame, verständnisvolle Zuhörer und verstärkte damit ein Band, von dessen Dauerhaftigkeit unser aller Schicksal wesentlich abhängt. Kraft seiner Funktion als Regierender Bürgermeister von Berlin vertrat Brandt in New York ganz Deutschland. Und auch Moskau dürfte gut daran tun, diese Stimme nicht zu überhören.

"Recht bricht Macht"

Von Dr. Erhardt Eckert

"Lasst uns den Glauben nicht verlieren, dass Recht Macht bricht!" Dieses Wort Abraham Lincolns, gesprochen in einer der düstersten Stunden des amerikanischen Bürgerkrieges, soll, so schlug Generalbundesanwalt Güde vor, auch für uns Verpflichtung und Leitschnur sein, weil unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, vor den Augen vor allem der freien Völker dieser Welt glaubwürdig sein und bleiben muss. Es geht, so mahnte der Generalbundesanwalt, um die Bewährung des Rechts in einem Staate der Freiheit und um die Bewährung der Freiheit in einem Staate des Rechts.

Die Rede, der diese starken und stärkenden Thesen entnommen sind, hielt Güde vor einem Forum und zu einem Zeitpunkt, die beide höchst bemerkenswert sind. Das Forum war der Königsteiner Kreis, in dem sich die aus der Zone geflüchteten Juristen, Volkswirte und Beamte zusammenschlossen haben, die in der Zone politische Verantwortung getragen hatten. Der Zeitpunkt der Rede war gekennzeichnet durch neue Schreckensmeldungen aus dem Herrschaftsbereich der Ulbrichtschen Barbarei und durch das Faktum, dass Güde seine mahnende Forderung in dem Augenblick erhob, in dem er selbst das Amt des Generalbundesanwalts aufgegeben und die Aufgabe des Bundestagsabgeordneten übernommen hat.

Die Konsequenz, die Güde, nun eines der prominentesten Mitglieder der CDU-Fraktion, aus seinen Grundsatzthesen von der einander bedingenden und aneinander gebundenen Wechselwirkung von Freiheit und Recht zog, sollte gerade heute von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der Frage nach der wirkungsvollsten und zugleich angemessensten Form sein, in der wir Schutz und Bewahrung der Bundesrepublik und unvermindertes Streben nach Wiedervereinigung auf einen Kenner bringen können. In dieser Frage liegt offen angesprochen das Problem der rechten Bewältigung der evidenten Spannung zwischen diesen zwei vitalen Zielen unserer Politik.

Güde charakterisierte die dem Terror-Regime Ulbrichts unterworfenene Zone - "keine legale Regierung, sondern ein oktroyierter und

usurpierter separatistischer Herrschaftsapparat" - als eine vorgeschobene kommunistische Ausfallbastion mit der ausschliesslich destruktiven Aufgabe der Unterwühlung der Bundesrepublik. Unter dem übergeordneten Gesichtspunkt der demokratischen Wiedervereinigung in Freiheit sieht Güde daher in der Abwehr dieser SED-Agression nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht, wobei allerdings unser Staat das Rechts und der Freiheit die Art und das Maß seiner Abwehr immer nur unter dem Ziel der Wiedervereinigung zu wählen und zu bestimmen hat.

Es geht also nicht um die Perfektion einer Abwehr um jeden Preis, sondern um das wohlabgewogene Verhältnis zwischen Abwehr der Gefahr und einem daraus möglicherweise erwachsenen Schaden für die Wiedervereinigung. Eine solche Perfektion der Abwehr um jeden Preis ist, so mahnte Güde, nur möglich, wenn wir den Gedanken an die Wiedervereinigung und zugleich das Streben nach engen menschlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands aufgeben würden: "Das aber darf nicht wahr werden, auch nicht im Anschein, als ob auch wir eine Mauer aufrichten würden!"

Diese Thesen, die der soeben aus seinem Amte ausgeschiedene Generalbundesanwalt mit seiner Königsteiner Rede aufgestellt hat, sind ebenso klar und konkret wie es die Formen und Methoden sind, in und mit denen nach seiner Ansicht eine freiheitliche Demokratie wirksam werden kann. Das heisst, dass dieser unser Staat sich eindeutig vom Terror eines unfreien Regimes unterscheiden muss, das mit seiner Barbarei zugleich auch seine Unsicherheit und Angst beweist.

Die Demokratie darf nicht, so forderte Güde, aus Furcht Selbstmord begehen, sie darf nicht ihre Grundsätze aufheben, um perfektionistisch jedes Gegners Herr werden zu können. Wesensinhalt und Programm einer solchen starken und gefestigten Demokratie ist Maßhalten, ist Bindung an das Recht und ist Schutz der Freiheit durch das Recht. Das aber ist, so gab der Generalbundesanwalt auch sich selbst als Verpflichtung mit auf seinen neuen politischen Weg, zugleich auch unsere stärkste Waffe im Kampf um die Wiedervereinigung.

In staatsbürgerlicher Verantwortung

Hn. Die Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt (AW), durchgeführt vom 6. bis 8. Oktober 1961 in Dortmund, stand wie kaum eine der früheren Konferenzen im Zeichen eines eminent politischen Generalthemas. Eines Generalthemas, das im Veranstaltungsprogramm als solches zwar nicht aufgeführt war, das aber von Anfang an bis zur Schlusskundgebung immer wieder in den Mittelpunkt rückte: Das vor kurzem vom Dritten Deutschen Bundestag verabschiedete Bundessozialhilfegesetz; es soll am 1. Juli 1962 in Kraft treten.

Nach Lage der Dinge ist die leidenschaftliche Erörterung dieses Gesetzes innerhalb der AW nicht verwunderlich. In der Geschichte des deutschen Sozialwesens, so betonte die Zweite Vorsitzende und Geschäftsführerin der AW Lotte Lemke, werde es dereinst als eine Wendemarke der deutschen Sozialarbeit erkannt werden. Und Professor Dr. Preller fügte in seinem Festvortrag während der öffentlichen Kundgebung hinzu, das neue Gesetz habe einen grossartigen Anlauf zu mitbürgerlichem Miteinander abrupt unterbrochen.

Auch in den Referaten (Dr. Christa Hasenclever: "Die veränderten Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege"; Dr. Margot Paatzig: "Aufgaben einer neuzeitlichen Altenpflege"; Richard Haar: "Die Kinder- und Jugendgruppen der Arbeiterwohlfahrt"), in den sechs Arbeitskreisen und in den Diskussionsbeiträgen klang immer wieder die tiefe Besorgnis der Arbeiterwohlfahrt durch, der im Sozialhilfegesetz den freien Wohlfahrtsverbänden gegenüber der öffentlichen Wohlfahrt zugeschobene "Vorrang" werde sich sehr schnell als Danaergeschenk erweisen. Nicht nur gefährde das Gesetz die bislang gutnachbarliche Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege; es enge auch die Unabhängigkeit der letzteren ein, lähme die Initiative der öffentlichen Hand und beeinträchtige die gemeinsame Sache der Hilfe am Menschen. Wiederholt wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass das Gesetz in der vorliegenden Form möglicherweise nicht in Kraft treten werde, da der Deutsche Städtetag eine Verfassungsklage dagegen erhoben habe, die noch zur Entscheidung anstehe. Dennoch müsse man die Konsequenzen des Gesetzes für die freie und die öffentliche Wohlfahrtspflege sowie für die Kommunen schon jetzt ins Auge fassen.

Noch ein anderes Problem kam immer wieder zur Sprache: die Nachwuchsfrage und, in Verbindung damit, die Frage der Fortbildung bereits tätiger AW-Helfer und -Mitarbeiter. Sie stellt sich umso dringender, je mehr sich das Arbeitsfeld der freien Wohlfahrtspflege im Zuge des Strukturwandels

der Gesellschaft ausweitet. Zu den "klassischen" Gebieten fürsorglicher Sozialarbeit, als da sind Krankenpflege, Kinder- und Jugendbetreuung, Betreuung sozial Schwacher und Gefährdeter und anderes mehr, sind neue Aufgaben getreten; so die Mütter-, die Alten-, die Flüchtlingsfürsorge.

Der Geschäftsbericht, erstattet von Lotte Lemke, liess besonders deutlich werden, wie sehr die Arbeiterwohlfahrt geschulter Nachwuchskräfte bedarf, wenn sie auch fernerhin die selbstgestellten Aufgaben so wie bisher wahrnehmen will. Zwar verfügt die AW zur Zeit über 5 100 hauptberufliche und - in rund 5000 Ortsvereinen - ca. 78 000 ehrenamtliche Helfer. Demgegenüber jedoch nahmen im Jahre 1960 etwa 135 000 Kinder an der AW-Peripherieerholung teil; in 26 AW-Heimen erholen sich jährlich rund 14 000 Mütter; über 60 AW-Altersheime sind vorhanden, die daneben von der AW betriebene offene Altenpflege lässt sich statistisch nicht erfassen; 1960 fanden in drei Mütterschulen 338 Kurse und 86 Sonderveranstaltungen mit etwa 5 700 Teilnehmerinnen statt; in diesem Jahr wurden und werden mindestens 100 Mädchenbildungsseminare mit ca. 3000 Teilnehmerinnen abgehalten.

Diesen eindrucksvollen Zahlen könnten noch weitere hinzugefügt werden. Eine einzige sei noch genannt; sie ist kennzeichnend für den Geist, in dem die AW ihre Arbeit betreibt. Zugunsten algerischer Kinder verzichteten die Delegierten der Reichskonferenz auf je eines der ihnen für Dortmund zur Verfügung gestellten Tagegelder. Eine an Ort und Stelle durchgeführte Sammlung erbrachte den Betrag von DM 3 260,70.

"Gemeinschaften wie die unsere", sagte der mit dem gesamten Vorstand einstimmig wiedergewählte Erste Vorsitzende der AW, Heinrich Albertz, in seinem Schlusswort zur Arbeitstagung, "stehen über die engere soziale Verpflichtung hinaus in der grossen staatsbürgerlichen Verantwortung. Es wird viel zu tun geben, es wird vor allem dort etwas zu tun geben, wo es unmittelbar um den Menschen geht; auf den sogenannten 'unteren Ebenen', die gar nicht die unteren sind, sondern die, um deren willen wir überhaupt arbeiten. Und der letzte Satz sei denen gewidmet, die heute nicht mehr bei uns sind, die aber zu uns gehören, zu denen wir wieder kommen müssen, um das Auseinandergebrochene zu heilen, das Getrennte zu verbinden; die Brücken über die Gräben zu schlagen, die menschlicher Hass und Unverstand gezogen haben; Wir alle gehören zusammen; wir, die wir uns hier frei versammeln können, mit denen, die sich nach der Freiheit sehnen."

+ + +